



HESSISCHER LANDTAG

16. 11. 2004

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Unterrichtsqualität verbessern durch selbstständige Schulen in Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Schulen in Hessen deutlich mehr Selbstständigkeit zu geben. Hierzu dient ein Programm "Selbstständige Schulen", das folgende Eckpunkte enthält:

1. **Selbstverantwortliches Finanzmanagement:**
Hessische Schulen sollen mehr finanzielle Eigenverantwortung erhalten. Hierzu gehört die Einrichtung eines Schulbudgets, das sowohl Mittel des Landes als auch der Schulträger umfasst und über dessen Verwendung die Schulen selbst bestimmen können.
2. **Personalmanagement:**
Künftig sollen Schulen die Verantwortung für die Personalauswahl und auch für die Personalentwicklung erhalten. Dazu gehört auch die Erstellung eines Konzeptes für die schulspezifische Fort- und Weiterbildung. Die bisherige Regelung, frei werdende Stellen nach Rangliste zu vergeben, soll durch die Regelung ersetzt werden, wonach die Schulen Stellen ausschreiben und in einem Auswahlverfahren selbst über deren Besetzung bestimmen.
3. **Selbstverantwortliche Gestaltung der Bildungsprozesse:**
Schulen benötigen mehr Selbstständigkeit zur Umsetzung ihres Schulprogramms und zur Gestaltung der Bildungsprozesse ihrer Schülerinnen und Schüler. Nötig ist daher eine Ausweitung der pädagogischen Entscheidungsspielräume für die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung der einzelnen Schulen. Sie sollen auch eigene Lehrpläne und Stundentafeln gestalten und neue Mitwirkungsmodelle erproben können.
4. **Neue Formen der Kooperation von staatlicher und kommunaler Ebene:**
Die Zusammenarbeit von staatlichen Schulämtern, Schulträgern und Jugendhilfeträgern soll verändert werden. Nur so sind viele Hürden zwischen innerer und äußerer Schulverwaltung zu überwinden und administrative Vorgaben zu minimieren und die Stellung der Einzelschule zu stärken. Eine engere Zusammenarbeit verbessert die Möglichkeit, Schulen mit psychologischer Beratung, Schulsozialarbeit, Erziehungshilfe und anderen kommunalen sozialen Diensten zu unterstützen.
5. **Output- statt Inputorientierung:**
Enge Vorgaben des Kultusministeriums hinsichtlich der zeitlichen und inhaltlichen Strukturierung der Lernprozesse werden abgelöst durch Rahmcurricula und Bildungsstandards. Im Gegenzug müssen Schulen sich künftig an ihren Ergebnissen messen lassen. Sie erhalten regelmäßig im Rahmen unabhängiger externer Evaluierungen Rückmeldung über ihre Leistungen, unter anderem inwiefern die Bildungsstandards erreicht werden. Die Schulen werden bei ihrem Qualitäts-

entwicklungsprozess systematisch unterstützt. Fachliche Beratung, die Vernetzung mit dem Bereich der Jugendhilfe und in regionalen Bildungsnetzen sowie Fort- und Weiterbildungsangebote spielen hier eine wichtige Rolle.

Begründung:

Mehr Selbstständigkeit für Schulen ist der Schlüssel zur Qualitätsentwicklung, die überfällig ist. Die Landesregierung ist bislang viel zu zögerlich, was die Möglichkeiten von Schulen betrifft, mehr Eigenverantwortung für alle ihre Belange zu übernehmen. Die Modelle in den Landkreisen Groß-Gerau und Main-Taunus greifen hier zu kurz, da sie im Wesentlichen auf Neue Steuerungsmodelle auf Ebene des Staatlichen Schulamts beschränkt bleiben. Echte finanzielle und pädagogische Freiheit für die Einzelschule ist damit nicht verbunden. Internationale Vergleichsstudien belegen, dass Schulen viel bessere Chancen haben, erfolgreich zu arbeiten, wenn sie in finanzieller, personeller und pädagogischer Hinsicht mehr Gestaltungsspielräume haben. Die Landesregierung muss nun endlich auf diese Erkenntnisse reagieren, die auch in anderen Bundesländern, wie z.B. in Nordrhein-Westfalen, Erfolge zeigen. Auch die Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände hat jüngst einen eigenen Vorschlag in die öffentliche Diskussion gebracht. Es ist deshalb notwendig, dass der Landtag seine Eckpunkte für die weitere Entwicklung selbstständiger Schulen festlegt, damit diese von der Landesregierung endlich sinnvoll vorangetrieben wird.

Wiesbaden, 15. November 2004

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir